

# Protokolleintrag vom 07.11.2001

2001/556

Von Susann Birrer (FDP) und Monika Piesbergen (FDP) ist am 7.11.2001 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, sich beim Regierungsrat des Kantons Zürich für eine quartierverträgliche Projektierung der Anschlüsse an die geplante Ostumfahrung (Seetunnel) einzusetzen. Insbesondere soll der im kantonalen Richtplan aufgeführte Anschluss Burgwies – auch im Zusammenhang mit der Erstellung eines Quartiertreffs im Raum Tramdepot Burgwies und Mühle Hirslanden – eingehend überprüft werden.

Begründung:

Im kantonalen Richtplan ist für die geplante Ostumfahrung ein Anschluss Burgwies vorgesehen. Diese Variante der Verkehrsführung für die Zubringer wird auch in der Mehrzahl der vorliegenden Szenarien für den Seetunnel vorgeschlagen. Die vor Jahren evaluierte Planung basiert jedoch auf heute nicht mehr geltenden Voraussetzungen.

Die Stadtbevölkerung – insbesondere die Einwohnerinnen und Einwohner der Quartiere an den Einfallachsen des motorisierten Individualverkehrs– wird durch das steigende Verkehrsaufkommen bereits heute bis an die Grenze des Zumutbaren beeinträchtigt. Die Planung der Zubringer muss den aktuellen Belastungen Rechnung tragen und es muss nach alternativen Lösungen gesucht werden, damit die Anschlüsse an die Ostumfahrung nicht mitten in bereits stark strapazierte Wohnquartiere zu liegen kommen.

Der Stadtrat plant, im Raum Tramdepot Burgwies und Mühle Hirslanden einen Quartiertreff einzurichten. Sinn und Zweck dieses Quartierzentrums sind die Schaffung von Identität und die Förderung des Quartierlebens in Form von sozialen und kulturellen Aktivitäten sowie der Begegnung. Der künftige Quartiertreff wird in einem Gebiet entstehen, das schon durch die stark frequentierte Forchstrasse von potentiellen Besucherinnen und Besuchern abgeschnitten ist. Ein zusätzliches Hindernis für Zugänglichkeit und Nutzung des Quartierzentrums sowie des geplanten Trammuseums, wie dies ein stark befahrener Anschluss an die Ostumfahrung und die dadurch notwendigen baulichen Massnahmen darstellen würde, ist nicht akzeptabel und kann der Quartierbevölkerung nicht auch noch aufgebürdet werden.